



AUF EIN WORT... !?

Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen
- Landesverband NRW- Mitglied im CGB

Betriebszeitung für die DRV KBS HV /MiniJob Zentrale Essen/Gelsenkirchen

Oktober 2011

Ausgabe 3 Jahrgang 2

Tarifverhandlungen ab Februar 2012!



Was muss besser werden?!

1. Eine ausreichende Gehaltserhöhung durchsetzen!

Diese muss die Inflation ausgleichen und die gute bis hervorragende wirtschaftliche Entwicklungen des Bundes berücksichtigen!

2. Endlich eine faire Entgelttabelle umsetzen!

Nach Auskunft der Tarifparteien erfolgte die Berechnung der Tabellenwerte aufgrund von Lebensseinkommen, in denen der Verlauf eines Berufslebens simuliert wurde. Nach verschiedenen Berechnungen wird dieser Anspruch jedoch nicht erfüllt.

Alternativen sind nötig!

Wir werden euere Interessen gegenüber dem Arbeitgeber vertreten, darum unterstützt uns bei der Personalratswahl 2012!

3. Rückkehr zur familienbezogenen Gehaltsbestandteile

Die Lohnsteigerungen für kinderlose Singels wurden ermöglicht durch Kürzungen bei Familien mit Kindern!

4. Eingeschränkte Mobilität aufheben!

Der Wettbewerb um öffentliche Beschäftigte wurde eingeschränkt. Berufserfahrungen werden nicht mehr zwingend wechselseitig anerkannt. Es liegt im Ermessen des neuen

Arbeitgebers Erfahrungen anzuerkennen.

5. „LOB“ abschaffen!

Die Finanzierung erfolgt aus der Absenkung der Jahressonderzahlung, sowie aus der Abschaffung der Kinderzulagen. Für die weiteren Schritte ist lediglich eine Protokollerklärung gefasst worden, nach der die zukünftigen Steigerungen aus entsprechend niedrigeren Tarifrunden finanziert wird. Dies bedeutet, dass wir ungefragt auf mehr Geld verzichten und unserem Arbeitgeber den Topf für den LOB füllen.

Diesen kann er dann ohne Mitspracherecht und Kontrolle als Leistungsbonus verteilen, siehe DV „Leistungsorientierte Bezahlung“



Wir werden bei jeder Tarifverhandlung mit geringeren Erhöhungen rechnen müssen!!

Gesünder im Beruf - aber nicht in jedem!

Jeder Job ist besser als keiner: Diesen Ausspruch haben Wissenschaftler aus Australien bei einer Langzeitstudie mit über 7000 Teilnehmern widerlegt. Arbeitslose verbessern durchschnittlich ihre psychische Gesundheit wenn sie ihrer

Qualifikation entsprechend eine Anstellung bekommen. Sollte diese aber schlechter bezahlt und ohne Entscheidungsbefugnis sein **verschlechtert sich der Zustand aber deutlich!**



Ausgebrannt, Burn-Out-Syndrom

Burn-Out ist einen Prozess in dem sich der Betroffene in einem chronischen körperlichen und emotionalen Erschöpfungszustand befindet. Es geht einher mit anhaltender Müdigkeit, Erschöpfung und nachlassender Leistungsfähigkeit. Weitere Symptome können sein:

Kopfschmerzen, Schlaf-/ Verdauungsprobleme oder Rückenschmerzen. Die Ursachen sind: *unerfüllbare Vorgaben, unklare oder wechselnde Erfolgskriterien, zu große Verantwortung unter Zeitdruck, schlechtes Betriebsklima, Angst*



um den Arbeitsplatz!

**Unterstützt uns bei der Verbesserung unserer Arbeitswelt!
Solidarität darf kein Fremdwort bleiben.**



AUF EIN WORT... !?

Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen
- Landesverband NRW- Mitglied im CGB

Betriebszeitung für die DRV KBS HV /MiniJob Zentrale Essen/Gelsenkirchen

Oktober 2011

Ausgabe 3 Jahrgang 2

Bundesarbeitsgericht:



Das BAG in Erfurt hat beschlossen, dass in Betrieben künftig mehrere Tarifverträge nebeneinander bestehen können. Das Urteil hebt damit den bisherigen Grundsatz "ein Betrieb, ein Tarif" auf. Mit seiner Entscheidung stärkt das Gericht die kleineren Gewerkschaften, die für ihre Klientel eigene Tarifabschlüsse durchsetzen.

Strukturausgleich jetzt!



Der Strukturausgleich von 2007 muss neu bewertet werden. Vorausgegangen sind verschiedene Urteile zu dieser Thematik. Das Bundesarbeitsgericht sowie das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg haben eindeutig festgestellt, dass **die Vorgehensweise der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst „bewusst?“ falsch ist und alle Beschäftigungen auf die Anwendung des § 12 TVÜ neu geprüft werden müssen. Stellt einen Antrag** an die Personalabteilung auf Nachzahlung des Strukturausgleichs ab Oktober 2007.

Parkplatzprobleme in Essen?



Seit September 2011 gibt es in Essen eine neue Parkordnung, hier ist es nicht die Frage „ist sie gut oder schlecht“ sondern warum wurden so erhebliche Unterschiede

zwischen Essen und Bochum gemacht? Warum wurde die erste Dienstvereinbarung geändert und für Essen eine eigene geschaffen? Welche Gründe waren hierfür verantwortlich? Hat Bochum so viele Parkplätze, im Verhältnis zu den Beschäftigten, mehr wie Essen? Warum sind die Plätze in Essen derzeit so selten besetzt? Warum werden nicht noch Parkplätze angemietet? **Es wäre gut wenn einige klärende Aussagen mitgeteilt würden.**

Sudoku

6	4	2		7	1			
1					7			3
	1			3	8			6
	6		5					
3		9			6			
7	3					8	2	
					2	3		4
		1		5		9		

Arbeitnehmer-Datenschutz !?

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Beschäftigten-datenschutzes (BDSG) beschlossen. Damit sollen entsprechend dem Koalitionsvertrag mit umfassenden allgemeingültigen Regelungen für den Datenschutz am Arbeitsplatz mehr Rechtssicherheit erreicht werden. Dieser Ansatz ist durchaus zu begrüßen. Der Entwurf bleibt aber deutlich hinter dem zurück, was im Koalitionsvertrag vereinbart war. Dort heißt es: „Wir setzen uns für

eine Verbesserung des Arbeitnehmerdatenschutzes ein und wollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Bespitzelungen an ihrem Arbeitsplatz wirksam schützen.“ Diesen Anforderungen wird der Entwurf nicht gerecht. **Erforderlich wären klare Begrenzungen durch gesetzliche Verbote der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Beschäftigendaten. Außerdem fehlen in dem Entwurf Regelungen zu Schadensersatz- und Entschädigungsansprüchen und ausdrückliche Verwertungsverbote.** Richtigerweise hätte dieser Bereich in einem eigenständigen Gesetz geregelt werden müssen. Außerdem fehlt jegliche Transparenz, denn das BDSG hat nicht einmal eine Aushangpflicht!

Sonderzahlung für Beamte!

Die Bundesregierung hat auf Initiative der Fraktionen von CDU/CSU und FDP die erarbeitete Formulierungshilfe für ein Gesetz zur Wiedergewährung der Sonderzahlung für die Soldaten, Beamten und Richter des Bundes beschlossen. Auf Grundlage dieser Formulierungshilfe werden die notwendigen gesetzgeberischen Schritte eingeleitet, damit ab 2012 die Sonderzahlung in der bis 2006 geltenden Höhe wiederaufleben kann.

Auf ein Wort...!? Redaktion
Ferdinand Krusel 0201-38475316
Mail: goedbgkbs@web.de
www.goed-nrw.de

Druck: eigen